

Bericht aus dem Bundestag

Bernd Westphal, MdB

3/ Nov. 2013



Inhalt:

3. Plenarsitzung

- Einsetzung
Hauptausschuss
- Mandatsver-
längerung
Südsudan und
Darfur
- Finanzierung
Ausbau Kinder-
betreuung

Koalitionsvertrag

3. Plenarsitzung, 28.11.2013

Eine ganze Reihe von Tagesordnungspunkten standen auf der Agenda des Deutschen Bundestages in seiner 3. Sitzung am 28.11.2013. Ich berichte kurz über die wichtigsten Entscheidungen. Es wurden insgesamt 13 Tagesordnungspunkte behandelt. Eröffnet wurde die Sitzung mit einem von der CDU/CSU und SPD eingebrachten Antrag auf Einsetzung eines Hauptausschusses. Einige Themen sind an den neuen Hauptausschuss zur Beratung überwiesen worden. Weitere wichtige Debattenpunkte waren die Fortsetzung der Bundeswehreinsätze im Südsudan (UNMISS) und in Darfur (UNAMID). Hierüber wurde namentlich abgestimmt.

Hauptausschuss

Die Fachausschüsse werden sich erst nach der Regierungsbildung konstituieren, da sie die Ressorts der Bundesministerien widerspiegeln. Damit ist zu organisieren, wie Vorlagen und Beschlussempfehlungen, auf dessen Grundlage das Parlament Entscheidungen trifft, bis dahin vorbereitet und erarbeitet werden. CDU/CSU und SPD haben deshalb die Einsetzung eines Hauptausschusses beantragt. Die Einsetzung des Hauptausschusses wurde beschlossen. Er konstituierte sich noch am gleichen Tag.

Der Ausschuss besteht aus je 47 ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern: die CDU/CSU-Fraktion stellt 23 Mitglieder, die SPD-Fraktion 14, die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 5. Den Vorsitz wird Bundestagspräsident Norbert Lammert übernehmen. Der Hauptausschuss muss sich an die gleichen Vorschriften der Geschäftsordnung des Bundestages halten wie die Ausschüsse und agiert als Haushaltsausschuss. Sobald sich die Fachausschüsse konstituieren, wird der Hauptausschuss aufgelöst.



3. Plenarsitzung, 28.11.2013

Mandatsverlängerung für die Bundeswehreinsätze im Südsudan (UNMISS) und in Darfur (UNAMID)

Gleich zwei Bundeswehreinsätze wurden durch namentliche Abstimmungen bis Ende 2014 verlängert. Die von den Vereinten Nationen im Juli 2011 eingerichtete Mission **UNMISS** unterstützt die südsudanesische Regierung bei der Friedenskonsolidierung, beim Staatsaufbau und der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Deutschland hat aktuell 16 Soldaten und fünf Polizisten entsendet.



Ziel der Unterstützung des Südsudans ist insbesondere der Aufbau staatlicher und rechtstaatlicher Strukturen, die Ernährungssicherung sowie der Aufbau der städtischen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung.

Auch in Darfur ist die Lage weiterhin angespannt. Die humanitäre Lage der Zivilbevölkerung ist immer noch stark belastet durch die Kämpfe zwischen Regierungstruppen, Rebellen und Milizen sowie durch die hohe Gewaltkriminalität. Zudem kommt es vermehrt zu Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Ethnien um Bodenschätze und Weideland. Neben den humanitären und entwicklungspolitischen Hilfsmaßnahmen bleibt es wichtig, durch **UNAMID** die Sicherheitslage in Darfur zu verbessern und damit die politischen Bemühungen zur Lösung des Konflikts zu unterstützen. Derzeit sind neben neun deutschen Soldatinnen und Soldaten vier Polizisten vor Ort im Einsatz.

Als Abgeordneter muss man Einsätze der Bundeswehr immer mit hoher Verantwortung abwägen. Die Mandate der Vereinten Nationen und die jeweilige Situation im Südsudan und in Darfur begründen meine Zustimmung zu den Einsätzen.

Mehr Zeit für die Kommunen beim Kita-Ausbau

Im Zusammenhang mit der Einführung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige zum Stichtag 1.8.2013 unterstützt der Bund die Länder beim Kita-Ausbau. Gefördert werden können nach bisheriger Rechtslage Maßnahmen mit Abschluss bis Jahresende 2013 (Investitionsprogramm 2008-2013) bzw. bis Jahresende 2014 (Investitionsprogramm 2013-2014). Diese Fristen sollen nun auf Antrag des Bundesrates um ein Jahr für ein kleines Restvolumen des Programms bzw. um bis zu anderthalb Jahre für Teile des Programms verlängert werden.



Koalitionsvertrag steht. Mitgliedervotum kann beginnen!

Diese Themen konnten von der SPD ohne Finanzierungsvorbehalt im Koalitionsvertrag vereinbart werden. Den gesamten Text könnt ihr als pdf-Datei auf meiner Homepage (www.bernd-westphal.de) sehen.

- ✓ einen gesetzlichen **Mindestlohn von 8,50 Euro** ab 2015!
- ✓ mehr Tarifbindung und damit **bessere Tariflöhne!**
- ✓ **gleicher Lohn für gleiche Arbeit** und die Eindämmung von Leih- und Zeitarbeit und des Werksvertrags-Unwesens!
- ✓ die **abschlagsfreie Rente mit 63** nach 45 Beitragsjahren (mit Zeiten der Arbeitslosigkeit!); für Ältere beginnt der Ausstieg mit 63 Jahren, für Jüngere mit 64 bzw. 65 Jahren!
- ✓ eine **Verbesserung der Renten** für Erwerbsgeminderte, ein konkreter Fahrplan für die **Angleichung der Renten in Ost und West** sowie eine **Mindestrente von rund 850 Euro** für langjährig Versicherte mit niedrigem Einkommen!
- ✓ mehr **Gleichberechtigung von Frauen** durch ein **Entgeltgleichheitsgesetz** und eine **gesetzliche Quote in Aufsichtsräten!**
- ✓ eine sozial verträgliche und **bezahlbare Energiewende!**
- ✓ 6 Milliarden Euro **mehr für Kitas, Schulen und Hochschulen!**
- ✓ 5 Milliarden Euro **mehr pro Jahr für die Kommunen** im Rahmen der Entlastung der Eingliederungshilfe!
- ✓ eine **Mietpreisbremse** und mehr Mittel für Städtebau!
- ✓ 5 Milliarden Euro **mehr** für die dringend benötigten **Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur!**
- ✓ 4 Milliarden Euro **mehr** für die **bessere Pflege** und mehr Pflegekräfte!
- ✓ die **Abschaffung des „Optionszwangs“** für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder!
- ✓ die strikte **Regulierung der Finanzmärkte** und Banken!
- ✓ die Durchsetzung der **Besteuerung der Finanzmarktspekulationen!**
- ✓ die stärkere **Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit** und Initiativen für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa!
- ✓ Mehr Transparenz und **keine Rüstungsexporte** mehr in Spannungsgebiete und an Diktaturen.